

Antrag des BSA - Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen Intellektueller und KünstlerInnen zum Reformparteitag der SPÖ am 6.&7. Oktober 2018

Freier Hochschulzugang und keine Reduktion der Studienplätze für StudienanfängerInnen an österreichischen Universitäten ab dem Studienjahr 2019/20!

Mit Ausnahme der durch ausländischen Hochschulzugangsbeschränkungen „Numerus Clausus“ betroffenen Studienrichtungen (insbesondere Medizin, Veterinärmedizin, Psychologie) ist es in Österreich bisher gelungen, den freien Hochschulzugang weitestgehend aufrecht zu erhalten. Zur Verbesserung der Studiensituation an Österreichs Universitäten und um auch weiterhin „Offene Universitäten“ zu ermöglichen, wurde im Nationalrat im Juni 2017 auf Betreiben der SPÖ von allen Parteien – mit Ausnahme und Gegenstimmen der ÖVP – eine Erhöhung der vom Bund den Universitäten zur Verfügung stehenden Budgetmittel um Euro 1,3 Mrd. für die Jahre 2019 - 2021 (Anmerkung: das ist der Zeitraum für die noch zwischen Wissenschaftsministerium und den Universitäten festzulegende Leistungsvereinbarungsperiode) gesetzlich abgesichert.

Zur Verteilung der Budgetmittel für die Universitäten (insgesamt mehr als Euro 11,3 Mrd.) wurde Anfang dieses Jahres von der schwarz-blauen Regierungsmehrheit mit einer Novelle zum Universitätsgesetz eine sogenannte „kapazitätsorientierte studierendenbezogene Universitätsfinanzierung“ beschlossen, mit der erstmals in Österreich die Zahl der Studienplätze in allen Studienrichtungen festgelegt werden sollen. Dies übrigens mit einem sehr aufwendigen und komplizierten, wenig transparenten und nicht unbedingt gerechten Berechnungsverfahren.

Wie vom Wissenschaftsminister bereits wiederholt angekündigt, soll es dabei zu dramatischen Zugangsbeschränkungen bei den Studienplätzen für StudienanfängerInnen kommen. Nicht ohne Grund wurde daher schon mehrfach in den Medien von einem „Kahlschlag der Studienplätze“ bei den einzelnen Studienrichtungen gesprochen.

Insbesondere wurden mit den von der schwarz-blauen Regierungsmehrheit herbeigeführten neuen Regelungen für eine Reihe von Studienrichtungen, wie Rechtswissenschaften, Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen, durch Gesetz Studienplatzzahlen für StudienanfängerInnen festgelegt. Dabei handelt es sich – so ist jedenfalls gesetzlich vorgesehen – um Mindestzahlen, die vom Wissenschaftsministerium zu finanzieren sind bzw. von den Universitäten angeboten werden müssen. Das heißt aber auch, dass diese Zahlen im Wege der Leistungsvereinbarungen auf Bedarf und Nachfrage durchaus erhöht werden können und vor allem auch sollten! Es ist daher besonders darauf Acht zu geben, dass gesetzlich festgelegte Mindestzahlen nicht zu Höchstzahlen werden!

Mit einem infolge aufgestockter Budgetmittel erhöhten Studienplatzangebots für StudienbewerberInnen, sowie im Einklang mit den Möglichkeiten eines „Eignungsfeedbacks“ für lokal stark nachgefragte Studienrichtungen (etwa durch ein Motivationsschreiben oder ein Online-Assessment), könnte ein einem sinnvollen offenen Hochschulzugang entsprechendes Studienplatzangebot weiterhin gewährleistet werden, ohne dass es zu Zugangsbeschränkungen kommen muss und dennoch eine Verbesserung der Studienqualität unter dem Gesichtspunkt der Lehrenden-Studierenden-Relation eintritt.

Der 44. Bundesparteitag der SPÖ möge daher beschließen:

Die SPÖ sowie die Parlamentsfraktion sozialdemokratischer Abgeordneter und BundesrätInnen

setzen sich bei der Bundesregierung und dem Wissenschaftsministerium mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass bei der Festlegung der Studienplätze durch die zwischen Wissenschaftsministerium und Universitäten abzuschließenden Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2019 - 2021 die gesetzlich vorgesehene Mindestzahl an Studienplätzen nicht zur Höchstzahl wird.

Außerdem achten sie darauf, dass beim Studienplatzangebot für StudienanfängerInnen der realen Nachfrage an Studienplätzen unter Wahrung des freien Hochschulzugangs und des Gesichtspunkts der Verbesserung der Lehrenden-Studierenden-Relation entsprochen wird und solchermaßen Zukunftschancen junger Menschen auch in Zukunft gewährleistet werden.